Umwelt Bundesamt
KomPass Kompetenzzentrum Klimafolgen und Anpassung

NEWSLETTER

:: KOMPASS-NEWSLETTER :: Ausgabe Nr. 31 | Juni 2014

Geehrte Leserinnen und Leser,
diese Ausgabe des KomPass-Newsletters beschäftigt sich im Themenschwerpunkt mit dem Hochwasser 2013. Wie ist der Stand ein Jahr danach? Ist so etwas noch ein natürliches Phänomen und was hat das eigentlich an Kosten verursacht?

Inhaltlich liefern wir Ihnen wie gewohnt umfangreiche und aktuelle Mitteilungen aus den Bereichen Klimawandel, Klimafolgen und Anpassung an Klimaänderungen. In der Regel werden Originaltexte im – ggf. übersetzten und gekürzten – Wortlaut abgedruckt. Das Umweltbundesamt möchte mit diesem Dienst das Wissen zu Klimafolgen und Anpassung in Deutschland verbreiten.

Haben Sie Anregungen, Fragen und Hinweise zu diesem Newsletter? Möchten Sie uns auf eigene Publikationen und Termine hinweisen? Sie erreichen uns unter: KomPass@uba.de. Weitere Informationen zu diesem Newsletter finden Sie in den Hinweisen am Ende des Dokuments.

Eine interessante Lektüre wünscht
das KomPass-Team im Umweltbundesamt.

:: INHALT ::

1_ THEMA: DAS HOCHWASSER 2013 – EIN JAHR DANACH

2_ ANPASSUNGSPOLITIK – NEUES AUS BUND UND LÄNDERN

2.01_ Hessen: Broschüre zu extremen Wetterereignissen veröffentlicht
2.02_ Leitlinien zur Interpretation regionaler Klimamodelldaten erarbeitet
2.03_ Thüringen stellt sich auf den Klimawandel ein

3_ AUS FORSCHUNG UND PRAXIS

REGIONAL

3.01_ Stadt Münster entwickelt Anpassungsstrategie
3.02_ Norddeutscher Klimamonitor geht online
3.03_ RADOST-Abschlusskonferenz – ein Projekt zieht Bilanz
3.04_ Bayern: Neues Projekt „Regionales Klimahandeln“ gestartet
3.05_ RUB-Klimatologen entwickeln Anpassungskonzepte für Städte

NATIONAL

3.06_ Journalisten-Workshops für regionale Medien
3.07_ Neue Wissensplattform „Erde und Umwelt“ online

GLOBAL

3.08_ Schweiz: Aktionsplan zur Anpassung an den Klimawandel verabschiedet
3.09_ Österreich: Handbuch zum Umgang mit Klimafolgen veröffentlicht
3.10_ EU: Neues Anpassungswerkzeug zur Einschätzung von Erkrankungsrisiken
3.11_ Dänemark: Wasser mit Wasser bekämpfen
3.12_ Dänemark: Innovative Klimaanpassung in Lemvig
3.13_ Elftes internationales Landwirtschaftssymposium
3.14_ Klimawandel und Naturschutz in Europa: Tagungsband erschienen

4_ VERÖFFENTLICHUNGEN

DEUTSCHSPRACHIGE

4.01_ Warnsignal Klima: Die Polarregionen
4.02_ Broschüre zur Schweizer Klimapolitik
4.03_ Der Einfluss des Klimawandels auf allergische Erkrankungen

ENGLISCHSPRACHIGE

4.04_ Verantwortlichkeiten für die Klimaanpassung von Unternehmen
4.05_ Handbuch zur Ökonomie der Klimaanpassung
4.06_ Klima-Resilienz in Europa: Die Situation im Privatsektor

5_ VERANSTALTUNGEN/TERMINE

1_ Thema: Das Hochwasser 2013 – ein Jahr danach

von Mareike Buth (adelphi), Christian Kind (adelphi), Daniel Osberghaus (ZEW), Corinna Baumgarten (UBA) und Cindy Mathan (UBA)

Hochwasser – noch ein natürliches Phänomen?

Hochwasser sind natürliche Ereignisse. Ihre Entstehung hängt von der Stärke des Niederschlags, den Eigenschaften des Einzugsgebietes und den Besonderheiten des jeweiligen Flusses ab. Durch die Siedlungsentwicklung, eine veränderte Landnutzung, aber auch den Erfordernissen von Schifffahrt und Hochwasserschutz haben sich in den vergangenen Jahrhunderten vielfach die Gewässerstruktur und das Einzugsgebiet verändert, gingen Überschwemmungsflächen sowie der Wasserrückhalt in der Fläche verloren. Zusätzlich wurden Wohngebäude und Industrie in Flussnähe angesiedelt, sodass im Falle eines Hochwassers hohe Schäden entstehen.

Zudem wirken in den letzten Jahren die Folgen des Klimawandels auf das Niederschlagsgeschehen in Deutschland. So berichtet der Deutsche Wetterdienst (DWD), dass die Winter seit 1881 in Deutschland im Schnitt um 30 Prozent feuchter geworden sind (DWD 2014). Wissenschaftler weisen außerdem darauf hin, dass Starkniederschläge zunehmen. Bestimmte Wetterlagen, die das Auftreten von Hochwasser begünstigen, treten häufiger auf, sodass insgesamt damit zu rechnen ist, dass im Zuge des Klimawandels Frequenz und Stärke von Hochwasserereignissen steigen. Wie sich das Hochwasserrisiko im Detail ändert, muss jedoch für jedes Flussgebiet separat untersucht werden.

Was hat das Hochwasser 2013 gekostet?

Das Hochwasser im Juni 2013 war außergewöhnlich hinsichtlich seiner Stärke sowie der Ausdehnung in der Fläche. Es überstieg die bisherigen Rekordereignisse der Jahre 1954 und 2002 deutlich; 46 Prozent des deutschen Gewässernetzes waren betroffen. Im Vergleich dazu umfasste die räumliche Ausdehnung des Augusthochwassers 2002 22,4 Prozent des Gewässernetzes (CEDIM 2013).

Die Schäden waren dementsprechend hoch. Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) beziffert die Schadenshöhe der versicherten Schäden auf 1,8 Milliarden Euro (GDV 2013); die Bundesländer meldeten zunächst Schäden von insgesamt 6,669 Milliarden Euro (inklusive versicherte Schäden, ohne bundeseigene Infrastruktur; BMI 2013). Der Bund plante im September mit einem Budget von 1,32 Milliarden Euro für die Instandsetzung von Bundesautobahnen, Bundesstraßen, Bundeswasserstraßen, Liegenschaften der Ressorts und sonstigem Vermögen des Bundes sowie am Bundesschienenwegenetz und Bundeseisenbahnvermögen (BMI 2013). Neuere Schätzungen gehen zwar von niedrigeren Schäden aus – trotzdem bleiben unversicherte Schäden in Milliardenhöhe.

Zur Unterstützung der Bundesländer bei der Soforthilfe hat der Bund im Sommer 2013 mit Bayern, Baden-Württemberg, Brandenburg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen ein Fluthilfeabkommen geschlossen. Daraus wurden Soforthilfemaßnahmen für Privathaushalte, kommunale Infrastruktur, Land- und Forstwirtschaft sowie Unternehmen und Freiberufler bezahlt. Diese Soforthilfe wurde von Bund und Ländern gemeinsam getragen. Für die mittel- und langfristige Unterstützung beim Aufbau statteten sie zudem das Sondervermögen „Aufbauhilfe“ mit acht Milliarden Euro aus (Fluthilfefonds; BMI 2013).

Auch die Stadt Dessau, in der das Umweltbundesamt seinen Haupsitz hat, war vom Hochwasser 2013 betroffen.
Foto: Susanne Kambor

Wie können wir uns besser schützen?

Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, Hochwasserschäden vorzubeugen. Allen Maßnahmen liegt dabei ein Risikoverständnis zugrunde, das davon ausgeht, dass es keinen einhundertprozentigen Schutz vor Hochwasser gibt. Es müssen vielmehr verschiedene Maßnahmen sowohl von staatlicher als auch privater Seite ineinandergreifen, um Risiken zu minimieren. Diese Maßnahmen werden heute oft unter dem Begriff „Hochwasserrisikomanagement“ zusammengefasst, welches Maßnahmen aus den Bereichen Flächenvorsorge, natürlicher Wasserrückhalt, technischer Hochwasserschutz, Bauvorsorge, Risikovorsorge, Vorbereitung der Gefahrenabwehr und des Katastrophenschutzes sowie Verhaltens- und Informationsvorsorge umfasst.

Um ein flächendeckendes Hochwasserrisikomanagement sicherzustellen, wurde 2007 die EU-Richtlinie über die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken erlassen. Die Richtlinie schreibt die Erarbeitung von grenzübergreifend abgestimmten Hochwasserrisikomanagementplänen in allen Flussgebietseinheiten der EU bis Ende 2015 vor. Im Anschluss daran sollen diese dann alle 6 Jahre überprüft und gegebenenfalls aktualisiert werden. Die Umsetzung der Vorgaben der Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie ist der wichtigste Eckpfeiler bei der öffentlichen Hochwasservorsorge. Dazu zählen vor allem die Flächenvorsorge mit der Freihaltung und Festsetzung von Überschwemmungsgebieten, die Verhaltensvorsorge mit Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Hochwasserwarnung und Hochwasservorhersage sowie Maßnahmen des technischen Hochwasserschutzes und eine angepasste Siedlungsentwicklung. Auch eine umfassende Information und Kommunikation der Hochwasserrisiken ist Aufgabe der Bundesländer und Kommunen, da Menschen, die in Hochwasserrisikogebieten leben, bei einem gut ausgebauten öffentlichen Hochwasserschutz unter Umständen keine Notwendigkeit mehr für die private Eigenvorsorge sehen. Deutschlandweit stehen dafür Karten zur Verfügung, die Hochwassergefahren und Hochwasserrisiken zeigen. In den Aufgabenbereich von Kommunen, Ländern und des Bundes fallen zudem alle Maßnahmen der Gefahrenabwehr während eines Hochwasserereignisses.

Privatpersonen und Eigentümer von Häusern und Grundstücken können beispielsweise durch Maßnahmen der Bauvorsorge ihren Beitrag zum Hochwasserrisikomanagement leisten. Mobile Elemente oder bauliche Maßnahmen, wie flutbare Keller, können Schäden deutlich minimieren. Auch Maßnahmen, wie das Hören und Beachten von Hochwasserwarnungen, das Wegfahren von Autos aus von Hochwasser bedrohten Bereichen oder das Umräumen von Möbeln und Wertgegenständen gehören zu den Maßnahmen der Eigenvorsorge. Besondere Bedeutung hat auch die Versicherung von Elementarschäden. Die Wichtigkeit der privaten Eigenvorsorge unterstreicht unter anderem das Wasserhaus-

haltsgesetz des Bundes. Es stellt fest, dass „jede Person, die durch Hochwasser betroffen sein kann, (...) verpflichtet (ist), geeignete Vorsorgemaßnahmen zum Schutz vor nachteiligen Hochwasserfolgen und zur Schadensminderung zu treffen“.

Als Konsequenz aus dem Hochwasser 2013 haben die Umweltminister von Bund und Ländern im September die Erarbeitung eines Nationalen Hochwasserschutzprogramms beschlossen. Bis zur Umweltministerkonferenz (UMK) im Herbst 2014 soll die Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) zusammen mit den Flussgebietsgemeinschaften das Programm erarbeiten. Es beinhaltet eine flussgebietsbezogene Überprüfung und Weiterentwicklung der Bemessungsgrundlagen des präventiven Hochwasserschutzes, eine Liste prioritärer überregionaler Maßnahmen insbesondere zur Gewinnung von Rückhalteräumen mit signifikanter Wirkung auf die Hochwasserscheitel und zur Beseitigung von Schwachstellen bei vorhandenen Hochwasserschutzmaßnahmen sowie eine gemeinsamen Finanzierungsstrategie (UMK 2013). Die Ausrichtung des Nationalen Hochwasserschutzprogrammes unterstreicht die Bedeutung der Flächenfreihaltung und Bereitstellung von Rückhalteräumen und Überschwemmungsflächen. Dabei können diese Rückhalteräume natürliche wieder mit den Flüssen verbundene Auen sein oder auch technische Hochwasserpolder. Wichtig ist, dass jeweils die Wirkung der Maßnahmen einzeln und im Verbund auf Ebene der Flussgebiete untersucht wird.

Welche Bedeutung haben Versicherungen?

Im Mai 2013 waren laut Angaben des GDV bundesweit circa 32 Prozent der Haushalte gegen Elementarschäden an Wohngebäuden versichert (GDV 2013a). Bei den Hausratversicherungen liegt der Anteil der Verträge mit Elementarschadensdeckung niedriger (im Jahr 2011) bundesweit bei circa 17 Prozent. Beide Versicherungsdichten zeigten in den letzten Jahren steigende Tendenzen. Insgesamt ist die Zahl der Versicherungsverträge gegen Naturgefahren seit 2002 um 2,5 Millionen auf 5,5 Millionen Verträge angestiegen (GDV 2013).

Eine im Herbst 2012 durchgeführte Umfrage unter deutschlandweit über 6.000 Haushalten[1] hat jedoch gezeigt, dass der Anteil der Haushalte, die von einem Elementar-Versicherungsschutz für den eigenen Haushalt ausgehen, deutlich höher liegt als die oben genannten tatsächlichen Versicherungsdichten (Osberghaus et al. 2013). Die „bekundete Versicherungsdichte“ liegt bei 61 Prozent für Elementarschäden an Wohngebäuden. Offensichtlich gibt es nicht wenige Haushaltsvorstände (nur diese wurden befragt), die fälschlicherweise davon ausgehen, dass ihr Haushalt gegen Elementarschäden versichert ist.

Auch bei der Elementarschadendeckung bei Hausratversicherungen zeigt sich ein ähnliches Bild: 42 Prozent der teilnehmenden Haushalte sind davon überzeugt, dass Elementarschäden in ihrer Hausratpolice abgedeckt sind – in Bezug auf die Haushalte, die ihren Angaben gemäß über eine Hausratversicherung verfügen, liegt der Anteil bei 47 Prozent. Verglichen mit der tatsächlichen Versicherungsdichte von circa 17 Prozent in Bezug auf Hausratpolicen (in 2011) ist dies ebenfalls ein auffallend hoher Wert.

Hier zeigt sich eine deutliche Diskrepanz. Versicherer sind daher gefordert, über die tatsächliche Abdeckung von Elementarschäden zu informieren. Bundesländer und Kommunen müssen weitere Informationen zu den Hochwasserrisiken und den Möglichkeiten der privaten Vorsorge zur Verfügung stellen. Zusätzlich wird auch wieder über eine Elementarschadenpflichtversicherung diskutiert, damit nicht nach jedem größeren Schadensereignis der Staat als Versicherer auftreten muss.

1 Im Rahmen dieser Erhebung wurden im Herbst 2012 6.404 Haushaltsvorstände zu ihren Einschätzungen über den Klimawandel, geplanten und durchgeführten Anpassungsmaßnahmen und weiteren Themen befragt. Die Erhebung wurde von forsa online sowie TV-basiert durchgeführt. Die 6.404 Haushalte stammen aus einem für Deutschland repräsentativen Pool von 10.000 Haushalten. Die teilnehmenden Haushaltsvorstände waren im Schnitt etwas gebildeter und hatten ein etwas höheres Einkommen als das deutschlandweite Mittel. Weitere Informationen und Ergebnisse finden sich in Osberghaus et al. (2013).

Weiterführende Literatur und Quellen:

- BMI (2013): Bericht zur Flutkatastrophe 2013: Katastrophenhilfe, Entschädigung, Wiederaufbau
- Bubeck et al. (2013): Detailed insights into the influence of flood-coping appraisals on mitigation behaviour, Global Environmental Change
- CEDIM (2013): Juni-Hochwasser 2013 in Mitteleuropa – Fokus Deutschland, Bericht 1 – Update 2: Vorbedingungen, Meteorologie, Hydrologie
- DWD (2014): Klima-Pressekonferenz 2014 des Deutschen Wetterdienstes
- GDV (2013): Naturgefahrenreport 2013, Die Schaden-Chronik der deutschen Versicherer – mit Zahlen, Stimmen und Ereignissen
- GDV (2013a): Nur 32 Prozent der Deutschen sind gegen Schäden versichert, Pressemitteilung
- Osberghaus et al. (2013): Klimawandel in Deutschland, Risikowahrnehmung, Wissensstand und Anpassung in privaten Haushalten, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim
- Schwenn (2014): Hochwasserfonds - Der deutsche Staat spart Milliarden
- UBA (2011): Hochwasser - verstehen, erkennen, handeln!
- UMK (2013): Beschluss der Sonderumweltministerkonferenz Hochwasser am 2. September 2013 in Berlin
- BfG u. DWD (2013): Länderübergreifende Analyse des Juni-Hochwassers 2013. BfG-1797. Koblenz, www.bafg.de/DE/Service/presse/2013_09_04_pm_bericht.pdf?__blob=publicationFile

2_ Anpassungspolitik – Neues aus Bund und Ländern

2.01_ Hessen: Broschüre zu extremen Wetterereignissen veröffentlicht

Das Fachzentrum Klimawandel des Hessischen Landesamtes für Umwelt und Geologie (HLUG) hat in seiner Publikationsreihe „Klimawandel in Hessen“ eine neue Broschüre veröffentlicht. „Extreme Wetterereignisse in Hessen“ gibt Aufschluss darüber, inwiefern die Häufigkeit und Intensität bestimmter Extremwetterereignisse mit dem Klimawandel zusammenhängen. Beispielhaft werden hierfür extreme Wetterereignisse der Vergangenheit herangezogen.

Download: http://klimawandel.hlug.de/fileadmin/dokumente/klima/extreme_wetterereignisse.pdf

2.02_ Leitlinien zur Interpretation regionaler Klimamodelldaten erarbeitet

Zur Anpassung an den Klimawandel ist die Entwicklung von Strategien und Maßnahmen in verschiedenen Handlungs- und Politikfeldern notwendig. Hierfür ist es wichtig, zukünftige Klimafolgen abschätzen zu können. Klimamodelle leisten dabei einen wichtigen Beitrag. Das Fachgespräch „Interpretation regionaler Klimaprojektionen“, ein Zusammenschluss von Landes- und Bundesbehörden, hat nun Leitlinien erarbeitet, die wesentliche Elemente der Klimamodellierung erläutern und Hinweise zur Nutzung von Klimamodelldaten geben.

Download: http://klimawandel.hlug.de/fileadmin/dokumente/klima/fachgespraech/Leitlinien-2014-04-30.pdf

2.03_ Thüringen stellt sich auf den Klimawandel ein

Im Jahr 2013 hat die Landesregierung von Thüringen das Projekt „Integriertes Maßnahmenprogramm zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels im Freistaat Thüringen“ (IMPAKT) initiiert. Anknüpfend an IMPAKT plant das Thüringer Umweltministerium die Etablierung eines Monitoringsystems für den Anpassungsprozess. Bei diesen und anderen Themen mit Bezug zum Klimawandel wird die Landesregierung künftig von einem fünfköpfigen Klimarat unterstützt, dem Wissenschaftler verschiedener renommierter Forschungseinrichtungen angehören.

Link: www.thueringen.de/th8/tmlfun/aktuell/presse/78851/index.aspx

3_ Aus Forschung und Praxis

REGIONAL

3.01_ Stadt Münster entwickelt Anpassungsstrategie

Die Stadt Münster plant die Erarbeitung eines Klimaanpassungskonzepts, das als übergeordnete Strategie zu den Anpassungsmaßnahmen in den einzelnen Planungsbereichen vorgesehen ist. Das Anpassungskonzept, das mithilfe eines Aachener Planungsbüros in den nächsten zwölf Monaten erstellt werden soll, wird zu 50 Prozent von der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) gefördert.

Link: www.muenster.de/stadt/presseservice/custom/news/show/878823

3.02_ Norddeutscher Klimamonitor geht online

Das Norddeutsche Klimabüro am Helmholtz-Zentrum Geesthacht (HZG) und das Regionale Klimabüro Hamburg des Deutschen Wetterdienstes (DWD) haben gemeinsam die Internetplattform „Norddeutscher Klimamonitor“ entwickelt. Mithilfe des Klimamonitors wird das Klima der letzten 60 Jahre erstmals umfangreich ausgewertet und interaktiv vorgestellt. Neben Parametern wie Temperatur und Niederschlag beinhaltet die Plattform auch Daten zu Wind, Luftfeuchte, Bewölkung und Sonnenscheindauer. Anhand dieser Informationen können Rückschlüsse auf die Klimaentwicklung in Norddeutschland gezogen werden können.

Link: www.norddeutscher-klimamonitor.de

3.03_ RADOST-Abschlusskonferenz – ein Projekt zieht Bilanz

Anfang April fand im Rostocker Rathaus die Abschlusskonferenz des Projekts „Regionale Anpassungsstrategien für die deutsche Ostseeküste“ (RADOST) statt. Vor über 110 Teilnehmern wurden die Ergebnisse aus fünf Jahren Projektarbeit vorgestellt. Gewürdigt wurde besonders der umsetzungs- und dialogorientierte Ansatz des Vorhabens. Die Präsentationen der Abschlusskonferenz und weitere Informationen zur Veranstaltung können auf der Projekt-Webseite eingesehen werden.

Link: http://klimzug-radost.de/termine/radost-abschlusskonferenz

3.04_ Bayern: Neues Projekt „Regionales Klimahandeln“ gestartet

Das Wissenschaftszentrum Umwelt der Universität Augsburg hat gemeinsam mit der Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften der Hochschule München das Projekt „Regionales Klimahandeln zwischen Initiativen von unten und Abstimmung von oben: Wie lassen sich lokale Prioritätensetzungen und überregionale Anforderungen vermitteln?” gestartet. Das Projekt knüpft an die Ergebnisse des Vorgängerprojekts „Klima Regional” an und wird durch die Förderlinie „Soziale Dimensionen von Klimaschutz und Klimawandel“, Schwerpunkt Sozial-ökologische Forschung, des Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unterstützt.

Link: www.wzu.uni-augsburg.de/projekte/projekte_laufend/Klima-II.html

3.05_ RUB-Klimatologen entwickeln Anpassungskonzepte für Städte

Auch in deutschen Städten führt der Klimawandel zu Problemen, beispielsweise zu steigenden Temperaturen in Innenstädten und Überflutungen durch Starkniederschläge. Forscher am Geographischen Institut der Ruhr-Universität Bochum (RUB) entwickeln Anpassungskonzepte, um auf diese Entwicklungen zu reagieren. So wurde vom Projektteam K.RUB bereits ein Klimaanpassungskonzept für die Stadt Bochum erarbeitet.

Link: http://rubin.rub.de/de/der-klimawandel-direkt-vor-der-tuer

NATIONAL

3.06_ Journalisten-Workshops für regionale Medien

Veranstaltet von der Strategischen Behördenallianz „Anpassung an den Klimawandel“ fanden im Mai zwei Medienworkshops statt. Unter dem Motto „Jahrhundertflut, Jahrhundertglut – Klimawandel als Thema für regionale Medien“ konnten sich Medienvertreter in Bonn und in Hamburg über unterschiedliche Aspekte des Klimawandels und regionale Besonderheiten informieren. Ein weiterer Workshop ist für den 25. Juni in Leipzig geplant.

Links: www.umweltbundesamt.de/die-strategische-behoerdenallianz-anpassung-an-den

3.07_ Neue Wissensplattform „Erde und Umwelt“ online

Die Wissensplattform „Erde und Umwelt“ (Earth System Knowledge Platform, ESKP) ist Mitte Mai online gegangen. Die Plattform bündelt das vorhandene Wissen einiger renommierter, deutscher Forschungseinrichtungen und bereitet es verständlich auf. Zunächst stehen die Themenbereiche: Auswirkungen des Klimawandels, Schadstofftransporte und Geologische Naturgefahren/Meteorologische Extremereignisse im Vordergrund. Zielgruppen von ESKP sind Ministerien, Behörden, Politik, Presse und Bevölkerung. Das Projekt wird durch das Deutsche GeoForschungsZentrum (GFZ) und das Helmholtz-Zentrum Geesthacht koordiniert.

Links: www.eskp.de/startseite/

GLOBAL

3.08_ Schweiz: Aktionsplan zur Anpassung an den Klimawandel verabschiedet

Der Schweizer Bundesrat hat einen Aktionsplan zur Anpassung an den Klimawandel verabschiedet. Der Aktionsplan beinhaltet bereits geplante oder zu entwickelnde Maßnahmen in neun Sektoren: Wasserwirtschaft, Umgang mit Naturgefahren, Landwirtschaft, Waldwirtschaft, Energie, Tourismus, Biodiversitätsmanagement, Gesundheit und Raumentwicklung. Der Aktionsplan ist der zweite Teil der Schweizer Strategie zur Anpassung an den Klimawandel.

Link: www.bafu.admin.ch/dokumentation/medieninformation/00962/index.html?lang=de&msg-id=52605

3.09_ Österreich: Handbuch zum Umgang mit Klimafolgen veröffentlicht

Im Rahmen des Projekts „Factory for Adaptation Measures Operated by Users at different Scales“ (FAMOUS) wurde ein Handbuch zu dem Umgang mit Klimafolgen in den Bundesländern, Regionen und Städten Österreichs erstellt. Das Dokument wurde speziell für Entscheidungsträger aus der Politik konzipiert. Testweise wurde das Handbuch, das unter Beteiligung von potentiellen Nutzerinnen und Nutzern aus Politik, Regionalmanagement und NGOs konzipiert wurde, bereits im Land Oberösterreich und in der Region Waldviertel angewendet.

Link: www.klimawandelanpassung.at/ms/klimawandelanpassung/de/anpassungandenklimawandel/kwa_tools/kwa_leitfaden/kw_lffamous/

3.10_ EU: Neues Anpassungswerkzeug zur Einschätzung von Erkrankungsrisiken

Im Rahmen einer kürzlich erschienenen Studie wurde ein Werkzeug zur Berechnung des Verbreitungsrisikos von Krankheiten im Zusammen mit dem Klimawandel vorgestellt. Die Nutzung des Online-Werkzeugs ist kostenlos und dient der Einschätzung des Ansteckungsrisikos mit vier verschiedenen durch Trinkwasser und Lebensmittel übertragbaren Krankheitserregern unter unterschiedlichen Umweltbedingungen. Ziel ist es, die Planung von Anpassungsmaßnahmen, zum Beispiel ein verbessertes Wassermanagement, zu erleichtern.

Link: http://ec.europa.eu/environment/integration/research/newsalert/pdf/369na1.pdf

3.11_ Dänemark: Wasser mit Wasser bekämpfen

In den Städten Frederiksberg und Kopenhagen kommen künftig mobile Dämme zum Schutz gegen Hochwasser und Überflutungen zum Einsatz, die zusätzlich als Regenwasser- und Abwasserspeicher genutzt werden können. Die Dämme bestehen aus mit Wasser befüllbaren Schläuchen. Die bis zu 200 Meter langen Schlauchabschnitte können durch spezielle Kupplungsstücke miteinander verbunden werden. Das Aufstellen eines mobilen Damms nimmt dabei erheblich weniger Zeit in Anspruch, als das Aufschichten von Sandsäcken.

Link: http://en.klimatilpasning.dk/recent/cases/items/fighting-water-with-water.aspx

3.12_ Dänemark: Innovative Klimaanpassung in Lemvig

In der dänischen Stadt Lemvig soll eine in Kurven verlaufende Betonmauer den Hafenbereich in Zukunft vor Überschwemmungen schützen. Die Hafenmauer ist Teil der Neugestaltung des Hafens

und wird unter anderem Platz für eine Promenade bieten. So soll der Schutz vor häufigeren und extremeren Hochwasserereignissen auf innovative Weise mit auch einer höheren Attraktivität des Geländes dienen.

Link: http://en.klimatilpasning.dk/recent/cases/items/innovative-climate-change-adaptation-at-lemvig-harbour.aspx

3.13_ Elftes internationales Landwirtschaftssymposium

Anfang April fand in Berlin das elfte internationale Landwirtschaftssymposium der International Farming Systems Association (IFSA) statt. Zentrales Thema der Veranstaltung waren Anpassungsmöglichkeiten und -strategien an den Klimawandel und andere globale Herausforderungen für Agrarbetriebssysteme. Auch urbane Strategien der Nahrungsmittelversorgung und verändertes Konsumentenverhalten waren Thema des Symposiums.

Link: http://project2.zalf.de/IFSA_2014

3.14_ Klimawandel und Naturschutz in Europa: Tagungsband erschienen

Im Juni 2013 fand in Bonn die Konferenz „Climate Change and Nature Conservation in Europe – an ecological, policy and economic perspective“ statt. In Ergänzung zu der bereits verfügbaren Tagungsdokumentation ist nun auch ein Tagungsband erschienen. Der Bericht enthält neben Kurzfassungen von 50 Vorträgen und 28 Postern die Ergebnisse der Arbeitsgruppen und des Abschlussplenums sowie die daraus resultierenden politik- und praxisrelevanten Empfehlungen des Netzwerks der Europäischen Naturschutzbehörden (ENCA).

Link: www.bfn.de/0103_conferenzce-biodiversity0.html

4_ Veröffentlichungen

DEUTSCHSPRACHIGE

4.01_ Warnsignal Klima: Die Polarregionen

In der Buchreihe „Warnsignale“ ist in aktualisierter Fassung der Titel „Warnsignal Klima: Die Polarregionen“ erschienen. Nachdem bereits 2011 die Bücher „Warnsignal Klima: Genug Wasser für alle“ und „Warnsignal Klima: Die Meere – Änderungen und Risiken“ aktualisiert wurden, soll bis Ende des Jahres auch das Buch „Warnsignal Klima: Gefahren für Pflanzen, Tiere und Menschen“ in aktualisierter Form zum Download bereitstehen.

Link: www.warnsignale.uni-hamburg.de/?page_id=310

4.02_ Broschüre zur Schweizer Klimapolitik

Das Schweizer Bundesamt für Umwelt (BAFU) hat die Broschüre „Schweizer Klimapolitik auf einen Blick“ herausgegeben. Anfang des Jahres hat die Schweiz als Mitgliedsstaat der Klimakonvention

Rechenschaft über die Umsetzung der eingegangenen Verpflichtungen abgelegt. Auf Grundlage dieses Berichts an das UNO-Klimasekretariat gibt die Broschüre Auskunft über den Stand und die Perspektiven der Schweizer Klimapolitik. Die Broschüre ist auch auf Französisch, Italienisch und Englisch verfügbar.

Download: www.bafu.admin.ch/publikationen/publikation/01757/index.html?lang=de

4.03_ Der Einfluss des Klimawandels auf allergische Erkrankungen

Als Allergien bezeichnet man Überempfindlichkeitsreaktionen des Immunsystems auf ungefährliche Fremdsubstanzen. Eine entscheidende Rolle bei der Entstehung von allergischen Erkrankungen spielen Umwelteinflüsse. Neben Faktoren wie Luftverschmutzung und zunehmende Hygiene wird auch der Klimawandel immer häufiger im Zusammenhang mit Allergien diskutiert. Ein in der Zeitschrift UMID erschienener Artikel beschreibt verschiedene Einflussfaktoren und nennt mögliche Präventions- und Anpassungsmaßnahmen.

Link: www.umweltbundesamt.de/publikationen/umid-012014

ENGLISCHSPRACHIGE

4.04_ Verantwortlichkeiten für die Klimaanpassung von Unternehmen

In vielen Artikeln wird die organisatorische Anpassung an den Klimawandel von privaten Unternehmen als individuelle Vorsorge beschrieben. Jedoch stellen bestimmte Unternehmen kritische Güter und Dienstleitungen bereit, beispielsweise Lebensmittel, Wasser, Elektrizität oder Medikamente. Wer ist verantwortlich für die Anpassung von privatwirtschaftlichen Versorgern kritischer Infrastrukturen und wie kann eine ausreichende Anpassung sichergestellt werden? Diesen Fragen geht der Artikel „Responsibility for private sector adaptation to climate change", erschienen im Journal „Ecology and Society", anhand einer Fallstudie für Deutschland nach.

Link: www.ecologyandsociety.org/vol19/iss2/art8/

4.05_ Handbuch zur Ökonomie der Klimaanpassung

Wie geht man beim Thema Anpassung am besten mit Unsicherheit um und was geschieht, wenn Kosten-Nutzen-Analysen an ihre Grenzen stoßen? Das Buch „Routledge Handbook of the Economics of Climate Change Adaptation" beschreibt die Schwierigkeiten bei der wirtschaftlichen Bewertung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel. Hierbei werden neben den kritischen Aspekten der Anpassungs-Ökonomie auch weitere relevante Themen der Klimaanpassung betrachtet, so etwa die Rolle von Ländern mit geringen und mittleren Einkommen oder die Auswirkungen von Extremwetterereignissen.

Link: www.routledge.com/books/details/9780415633116/?utm_source=listserv&utm_medium=email&utm_campaign=SBU3_FXG_4MX_1em_9ENV_00000_January_listserv

4.06_ Klima-Resilienz in Europa: Die Situation im Privatsektor

Der kürzlich vom Carbon Disclosure Project (CDP) veröffentlichte Bericht „Climate Change Resilience in Europe" soll Verantwortliche aus Politik und Wirtschaft bei einer fundierten Entscheidungsfin-

dung unterstützen. Der Bericht gibt unter anderem Auskunft darüber, welche Branchen schon von den Folgen des Klimawandels betroffen sind, wo bereits Maßnahmen ergriffen wurden, innerhalb welchem Zeitfenster die verschiedenen Sektoren betroffen sein werden und wie sich dabei regionale Unterschiede auswirken können.

Download: www.acclimatise.uk.com/resources?resource=201

5_ Veranstaltungen/Termine

› 22. Juni 2014, Berlin
Jugendforum zum Umgang mit Flucht und Migration infolge der globalen Erwärmung
Veranstalter: Klima-Allianz
Link: www.die-klima-allianz.de/termin/vom-klimawandel-vertrieben-jugendforum-zum-umgang-mit-flucht-und-migration-infolge-der-globalen-erwaermung/

› 25. Juni 2014, Dresden
IÖR-Jahrestagung 2014: Die „Grüne Stadt“ – Vom Schlagwort zum Konzept
Veranstalter: IÖR – Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung
Link: www.ioer.de/jahrestagung/

› 25. Juni 2014, Leipzig
4. Journalisten-Workshop: Klimawandel in regionalen Medien
Veranstalter: Strategische Behördenallianz „Anpassung an den Klimawandel“
Link: www.umweltbundesamt.de/service/termine/4-journalisten-workshop-klimawandel-in-regionalen

› 1.-3. Juli 2014, Norwich, Großbritannien
2014 Norwich Conference on Earth System Governance “Access and Allocation in the Anthropocene”
Veranstalter: Earth System Governance Project, Universität East Anglia und Tyndall Centre for Climate Change Research
Link: http://norwich2014.earthsystemgovernance.org/

› 18.-19. August 2014, Insel Vilm
Biodiversität und Klima - Vernetzung der Akteure in Deutschland XI
Veranstalter: Bundesamt für Naturschutz (BfN)
Link: www.bfn.de/0603_kalender.html?&no_cache=1&tx_blitzcalendar_pi1[qlist]=3&tx_blitzcalendar_pi1[uid]=25&tx_blitzcalendar_pi1[cid]=2495&tx_blitzcalendar_pi1[cmd]=single

› 24.-30. August 2014, Hamburg
6. Hamburger Klimawoche
Veranstalter: ALDEBARAN Marine Research & Broadcast und Bundesarbeitskreis Umweltbewusstes Management (B.A.U.M. e.V.)
Link: www.klimawoche.de

› 25.-27. August 2014, Kopenhagen, Dänemark
Third Nordic International Conference on Climate Change Adaptation
Veranstalter: Centre for Regional Change in the Earth System (CRES)
Link: http://nordicadaptation2014.net/frontpage/nbsp/welcome/

... mehr Termine finden Sie im Kalender auf der Webseite von KomPass.

:: HINWEISE ZUM KOMPASS-NEWSLETTER ::

Der KomPass-Newsletter ist ein Informationsdienst des Kompetenzzentrums Klimafolgen und Anpassung im Umweltbundesamt. Vervielfältigung mit Angabe der Quelle ist erwünscht.

Bitte leiten Sie diesen Newsletter an interessierte Personen weiter.

Alle Dienste rund um den KomPass-Newsletter finden Sie unter folgender Adresse:

www.umweltbundesamt.de/service/newsletter

Hier können Sie das Archiv einsehen sowie den Newsletter abonnieren oder abbestellen.

Haben Sie Anregungen, Fragen und Hinweise zu diesem Newsletter? Möchten Sie uns auf eigene Publikationen und Termine hinweisen?

Sie erreichen uns unter KomPass@uba.de.

:: HERAUSGEBER ::

Kompetenzzentrum Klimafolgen und Anpassung (KomPass)

Fachgebiet I 1.6 KomPass Klimafolgen und Anpassung | Umweltbundesamt

Postfach 1406 | 06813 Dessau-Roßlau

www.anpassung.net

Redaktion: Susanne Kambor und Petra Mahrenholz

© Copyright Umweltbundesamt 2014